

Krafsauer Zeitung.

Nr. 145.

Mittwoch den 28. Juni

1865.

Die „Krafsauer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljährlicher Abonnementspreis für Krafsau 3 fl., mit Verlegung 4 fl., für einzelne Monate 1 fl., resp. 1 fl. 35 Mr., einzelne Nummern 5 Mr. Redaction, Administration und Expedition: Grod-Gasse Nr. 107.

IX. Jahrgang.

Gebühr für Insertionen im Anzeigenteil für die vierstellige Zeitzeile 3 Mr., im Anzeigenteil für die erste Einrückung 5 Mr., für jede weitere 3 Mr. Stempelgebühr für jede Einrückung 30 Mr. — Inserat-Bestellungen und Belagerungen werden franco erbeten.

Einladung zum Abonnement

auf das mit dem 1. Juli d. J. beginnende neue Quartal der

„Krafsauer Zeitung.“

Der Pränumerationspreis für die Zeit vom 1. Juli bis Ende September 1865 beträgt für Krafsau 3 fl., für auswärtig mit Inbegriff der Postzulage 4 fl.

Abonnements auf einzelne Monate (vom Tage der Zusendung des ersten Blattes an) werden für Krafsau mit 1 fl., für auswärtig mit 1 fl. 35 Mr. berechnet.

Amtlicher Theil.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 14. Juni d. J. allergnädigst anzuordnen geruht, dass dem Oberleutnant Vincenz Fohant v. Culmsitz, des Infanterie-Regiments Kaiserregiment Nr. 3, für die mit eigener Lebensgefahr vollbrachte Rettung eines Soldaten des ihm unterstellten Wachbataillons vom Tode des Typhus die Allerhöchste Anerkennung ausgesprochen werde.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 5. Juni d. J. den Professor an der krankenheilkundlichen „Rudolfs-Stiftung“ in Wien Dr. Julius Klob zum außerordentlichen Professor der pathologischen Anatomie an der Wiener Universität allergnädigst zu ernennen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 13. Juni d. J. dem Director der Landesbauverwaltung in Prag, Augustin Widig, bei seiner Verlegung in den bleibenden Ruhestand, in Anerkennung seiner vielfältigen treuen und erprießlichen Dienstleistung, den Titel eines kaiserlichen Rathes allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben dem Erbbergsbesitzer des Berges Grotten und Ober-Grottenbühnen in Österreich, Herrn Grafen v. Schönborn-Buchheim, die k. k. Kammerkammer allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 13. Juni d. J. dem Director der Landesbauverwaltung in Prag, Augustin Widig, bei seiner Verlegung in den bleibenden Ruhestand, in Anerkennung seiner vielfältigen treuen und erprießlichen Dienstleistung, den Titel eines kaiserlichen Rathes allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 5. Juni d. J. dem Sratsrath controlirenden Oberförster und subalternen Forstmeister, Carl Lipa, bei dessen Verlegung in den bleibenden Ruhestand, den Titel eines k. k. Forstmeisters allergnädigst zu verleihen geruht.

Der Staatsminister hat den Regierungsrath und Director der administrativen Statistik, Dr. Adolph Fickler, zum ersten Vizepräsidenten bei der staatswissenschaftlichen Staatsprüfungscommission in Wien ernannt.

Nichtamtlicher Theil.

Krafsau, 28. Juni.

Die „Const. Zeit.“ enthält eine Wiener Correspondenz, welche sich über die österreichischen Propositionen hinsichtlich der Herzogthümerfrage in nachstehender Weise äußert: Die preussischen Kronprinzen haben mit Stimmenmehrheit anerkannt, dass kraft des Wiener Friedensvertrages und bis kein besseres Gerbrecht angewiesen ist, die deutschen Großmächte das meiste Souveränitätsrecht in den Herzogthümern haben. Es entspricht diese Aeußerung den Intentionen der preussischen Regierung. Desterreich seinerseits hat erklärt, dass es in der im Art. III. des Wiener Friedensvertrages vorbehaltenen freien Verfügung der von Christian IX. übernommenen Titel das einzig praktische Mittel für eine dem allgemeinen Interesse entsprechende Lösung erblicke. Auf Grundlage dieser beiden Erklärungen ist eine Verständigung möglich, wenn sie auf beiden Seiten mit Aufrichtigkeit angestrebt wird und vor allem andern keine Forderung erhoben wird, welche in ihren Consequenzen die föderale Grundlage des Bundes erschüttert. Daß Desterreich mit Kraft und Aufrichtigkeit diese Verständigung anstrebt, dürfte von keiner Seite mehr bezweifelt werden. Die Hauptsache ist, daß es sich vollkommen eigennützig bewies hat, für sich nichts begehrt und keine Forderungen aufgestellt hat, die irgend einem anerkannten Rechte nahe tritt. Unberechtigte Präensionen aber kann Desterreich nicht unterstützen. Desterreich würde mit sich selbst in Widerspruch treten, die Traditionen seiner glorreichen Geschichte verleugnen und seine Stellung in Deutschland auf das Gründlichste erschüttern, wenn es uneingedenk seiner Stellung als Bundes-Präsidialmacht einer Transaction seine Zustimmung geben wollte, die nur möglich ist auf Kosten des Bundes, dessen natürlicher Schützer Desterreich ist und bleiben muß. Man hat Desterreich vorgeworfen, daß es die Allianz mit Preußen gering schätze. Nichts ist ungerechter. Die preussisch-österreichische Allianz wäre für Deutschland sowohl wie für jede der beiden Großmächte ein wahres Glück, wenn

sie auf der Grundlage der Gegenseitigkeit, der Achtung vor dem Rechte Aller und jedes Einzelnen und des Verständnisses der allgemeinen Interessen basirt wäre. Nur eine solche Allianz kann die Garantie der Dauer haben, nur eine solche Allianz, welche die einzelnen Interessen dem großen Ganzen unterordnet, kann als ein Segen für Deutschland angesehen werden. Daß Desterreich die Aufrechterhaltung der Allianz mit Preußen wünscht, hat es klar und deutlich bewiesen, als es anerkannte, daß Preußen eine bevorzugte Stellung im Norden Deutschlands gegeben werden soll. Selbst jetzt, nachdem Preußen alles Mögliche gethan hat, um den Glauben gründlich zu erschüttern, daß es ihm um die Fortdauer dieser Allianz ernstlich zu thun sei, selbst jetzt ist es Desterreich, welches die Hand bieten will, um zu einer Verständigung zu gelangen, die den Ansprüchen Preußens vollkommen gerecht wird. Schleswig-Holstein soll in den Zollverein eintreten, Rendsburg soll Bundesfestung mit preuß. Besatzung werden. Preußen soll in den Besitz des Kieler Hafens gelangen und seine Forderungen hinsichtlich der Flottenmannschaften und der Befestigungen an den Ausgängen des zu erbauenden Nord-Deise-Canals sollen erfüllt werden. Auch gegen den Abschluß einer Militärconvention mit dem zukünftigen Herzog von Schleswig-Holstein hat Desterreich nichts einzuwenden, wenn es auch verlangen muß, daß dieselbe mit den Bundesgesetzen in Einklang zu bringen sei. Voraussetzlich wird auch Herzog Friedrich diesen Punkten beistimmen. Es liegt demnach lediglich an Preußen die Lösung der Herzogthümerfrage zur Wahrheit zu machen. Die Loyalität und Uneigennützigkeit seines Bundesgenossen zeigt ihm hierzu den Weg. Durch die österreichischen Propositionen werden die preussischen Februarforderungen dem Wesentlichen nach erfüllt. Weigert sich Preußen dessenungeachtet darauf einzugehen, so würde hiedurch der Beweis geliefert, daß man nicht in Wien, sondern in Berlin die Allianz brechen will. Für Desterreich ist es nicht möglich, weiter zu gehen.

Ueber die schon erwähnte österreichische Depesche vom 5. Juni schreibt die „Köln. Ztg.“: „Sie beschäftigt sich mit den bekannten preussischen Forderungen, ist aber in ganz allgemeinen Ausdrücken abgefaßt, welche durchaus nicht die Voraussetzung rechtfertigen, daß das Schriftstück die Anbahnung einer definitiven Verständigung in dieser Cardinalfrage zum Zwecke habe. Zugestanden werden Dinge, welche Desterreich ohnedies nicht hindern kann, wie der Abschluß einer (bekanntlich schlechterdings ungenügenden) Militär-Convention und die Aufnahme der Herzogthümer in den Zollverein; alle anderen Punkte berührt die Depesche in so unbestimmter Weise, daß die eigentliche Stellung Desterreichs zu denselben gar nicht ersichtlich ist.“

Dem „N. Fremdenbl.“ schreibt man hierüber: „Diese Depesche ist lediglich eine Wiederholung des schon in der vom 5. März datirten Rückäußerung auf die preussische sogenannte Formulirungsdepesche vom 22. Febr. enthaltenen Anerbietens, bezüglich einzelner der von Preußen formulirten Forderungen in Verhandlung zu treten. Das ist nun wieder geschoben; aber gleichzeitig wurde die in der Depesche vom 5. März enthaltene Erklärung, daß jene Forderungen als Ganzes, als Programm betrachtet unannehmbar, weil unvereinbar mit dem föderativen Princip und der Unabhängigkeit des zu constituirenden Staates seien, wiederholt. Ueber die bekannten vier Punkte wird das österreichische Cabinet also nicht hinausgehen, weil es nur eine bundesgemäße Lösung der schleswig-holsteinischen Frage zuläßt. Wenn also der auf Verständigung der Angelegenheit gerichtete Versuch Desterreichs, mit dem Mitbestitzer zu einer directen Verständigung zu gelangen, abermals scheitern sollte, so wird sich das Wiener Cabinet vollkommen berechtigt erklären, ohne weitere Rücksicht auf preussische Forderungen die Erreichung des Zieles, welches es sich in der schleswig-holsteinischen Frage gestellt hat, und von dem nicht abzulassen die Rücksicht auf Desterreichs Stellung in Deutschland es nöthigt, auf anderem Wege zu versuchen. Nach dem „N. Frdb.“ hat auch die Discussion auf Grundlage der vier Punkte bereits begonnen.“

Berliner Andeutungen zufolge, schreibt der Wiener Brief-Corresp. der „Schles. Ztg.“, ist wenig Aussicht vorhanden, daß das Berliner Cabinet der in der letzten österreichischen Depesche enthaltenen Urgirung der Occupationsreduction nachgeben werde, obwohl Desterreich das Zugeständniß der Flottenstation in Kiel von einer entsprechenden Verminderung der Landarmee abhängig gemacht hat, die bis jetzt nicht erfolgt ist. Dagegen glaubt man, daß Preußen die Forderung der Entfernung des Herzogs von Augustenburg als Bedingung für den Ständezusammentritt fallen lassen werde.

Desterreich soll in Berlin nicht bloß die Gleichstellung der beiderseitigen Truppenmenge in den Herzogthümern, sondern auch die Gleichtheilung der Einnahmsüberschüsse für den Fall begehrt haben, als seine Bedingungen oder, richtiger gesagt, die für Desterreich befürworteten Concessionen der Herzogthümer an Preußen: Zollvereinigung, Besatzungsrecht in Rendsburg, Flottenstation in Kiel und eventuell Militärconvention, nicht angenommen werden sollten. Mit der übrigens ganz und gar unwahrscheinlichen Annahme und der daraus fließenden Constituirung der Herzogthümer würde natürlich die Besetzung der Herzogthümer aufhören.

Ein officiöser Berliner Correspondent der „Elberfelder Zeitung“ bezeichnet als bestimmte Ansicht des preussischen Cabinets, daß jede der mitbestehenden Mächte für sich allein berechtigt sei, einen Störer des gemeinsamen Besitzthums von dem Boden der Herzogthümer zu entfernen, speciell den Erbprinzen von Augustenburg gegenüber der preussischen Regierung umso mehr, weil er preussischer Unterthan geworden sei.

Das „Memorial diplomatique“ läßt sich aus Frankfurt eine Originaldepesche schicken, wonach es daselbst in den diplomatischen Kreisen hieß, Preußen bereite eine plötzliche Entschliessung vor, die alle schleswig-holsteinischen Präcedenten außer Fassung zu bringen bestimmt sei. Einen näheren Aufschluß gibt das diplomatische Blatt leider nicht.

Schon vor einigen Tagen hat ein Pariser Correspondent der „Presse“ die Möglichkeit angedeutet, daß die Herzogthümerfrage denn doch in der nächsten Zeit einen europäischen Charakter erhalten dürfte. Heute schreibt derselbe Correspondent: „Seit einigen Tagen wird auf dem Quai d'Orsay sehr lebhaft die Eventualität einer Vergrößerung Preußens im Norden ventilirt. Wie groß nun auch die Abneigung unserer maßgebenden Kreise gegen eine Realisirung der preussischen Bestrebungen ist, so gibt man sich doch keiner Täuschung darüber hin, daß die Geschichte der schleswig-holsteinischen Frage mit einer Vergrößerung der preussischen Machtphäre in der einen oder in der anderen Form ihren Abschluß finden werde und zieht man deshalb sehr ernstlich die Frage in Erwägung, wie diese Eventualität zu paralytisiren wäre. Ich begnüge mich, ihnen für heute anzudeuten, daß in diesen Kreisen „Belgien“ das Schlagwort des Tages ist. Daß man hier, so lange König Leopold am Leben ist, an eine Veränderung der französischen Gränze gegen Belgien nicht denkt, ist wahr; ebenso wahr jedoch, daß man an die Eventualität des Ablebens des greisen Königs plane, für welche Preußen zu gewinnen man versuchen dürfte. Nach andern handelt es sich um eine uneigennützig Vergrößerung Belgiens.“

Trotz allen widersprechenden Nachrichten will die „Presse“ versichern können, daß eine Entrevue Sr. Majestät des Kaisers mit dem Könige von Preußen in Gastein stattfinden wird. Wie der „R. Z.“ aus Karlsbad geschrieben wird, hat die Prinzessin von Augustenburg, deren Abreise schon bestimmt war, auf ausdrücklichen Wunsch ihres Bruders, des Prinzen Friedrich, ihren dortigen Aufenthalt verlängert.

Nach italienischen Blättern sind die Ursachen des nicht mehr zu bezweifelnden Scheiterns der Unterhandlungen zwischen Rom und Florenz der Eid und das Crequatur gewesen. Die „Opinione“ meint, Italien sei bei diesen Verhandlungen der Stärkere gewesen, und habe sich deshalb zur Großmuth verpflichtet gehalten; auch werde man Begezzi nicht nachsagen können, daß es ihm an Klugheit gefehlt habe. In Betreff des Eides hätte man sich leicht verständigen mögen, denn da mit dem 1. Jänner die Civil-Gehalte in Italien in Wirkung tritt, so sind die Bischöfe gesetzlich ganz auf's Geistliche beschränkt; in Betreff des Crequatur aber hatte Begezzi feste Normen; die italienische Regierung war jedoch geneigt, auch das Crequatur fallen zu lassen und eine allgemeine Formel anzunehmen, doch unter der Bedingung, daß sie durch vorherige Einsicht in die Bullen überzeugt werde, daß dieselben keine Züge eines Actes der weltlichen Gewalt enthalten, die später zur Stütze von Beschwerden oder Ansprüchen mißbraucht werden könnten. Davon wollte Antonelli jedoch nichts wissen.

Nach der „Italia“ wurden an demselben Tage, an dem der Ministerrath in Florenz die Abberufung des Herrn Begezzi beschloß, die Herren Nicasoli und Massimo d'Azeglio nach Florenz berufen. Man bringt das in Verbindung mit den Gerüchten von einer Ministerkrise. Auch Sir James Hudson, dessen italienische Sympathien bekannt sind, kam an demselben Tage nach Florenz. Man sah ihn mit Hrn. Nicasoli ipazieren gehen. Nach Ankunft des Herrn Begezzi wer-

den in einem neuen Ministerrathe definitiv Beschlüsse gefaßt werden. Der König wird bis dahin Florenz nicht verlassen.

Das Wiener Cabinet hat es, dem Vernehmen nach, abgelehnt, in den zwischen Rom und Merico bestehenden Differenzen zu vermitteln.

Nach einem Telegramm aus Madrid vom 25. Juni ist die Cabinetskrise die Folge von Warnungen, welche der Königin vor einer allgemeinen Revolution von Miraflores, Rios Rosas und Anderen zugegangen waren. Die Wiederernennung des Grafen Echeletas, welchen das Cabinet abgesetzt hatte, diene als Mittel und Vorwand zur Herbeiführung der Krise. Das Cabinet O'Donnell wird von Rios Rosas unterstützt; es erließ die weitgehendste Amnestie für Pressvergehen, die je bewilligt wurde, und setzte den Wahlschuss bedeutend herab. Serrano wurde General-Capitän, der Herzog von Sesto Civil-Gouverneur von Madrid, General Echazna General-Capitän für Arragonien, General Alfarij Unterstaats-Secretär im Kriegsministerium.

Ein Pariser Telegramm vom 26. Juni meldet: Aus Spanien laufen die überraschendsten Meldungen ein: die Königin wolle ganz und gar constitutionell werden, Spanien in Allianz mit Frankreich treten, der kaiserliche Prinz solle mit der Infantin verlobt werden, O'Donnell verfolge eine Art Annexions-Politik (?); eine Zusammenkunft Isabellens mit dem Kaiserpaare werde wahrscheinlich im September stattfinden.

In den Tuilerien gibt man sich der sicheren Hoffnung hin, das Ministerium O'Donnell werde der Anerkennung Italiens von Seite Spaniens Vorschub leisten. In der That wird aus Madrid telegraphirt, O'Donnell habe in der Kammer die Anerkennung Italiens angekündigt.

Die „Patrie“ will wissen, daß Herr Cloin, der Cabinetschef des Kaisers Maximilian, noch nicht in Paris eingetroffen ist, jedoch nächstens hier erwartet wird.

Rossuth protestirt in einem Schreiben an mehrere italienische Blätter gegen eine Verständigung Desterreichs mit Ungarn. Das will auch mitreden.

Die moldau-walachische Regierung hat eine Rechtfertigungsschrift in der Klosterfrage ausarbeiten lassen, welche der Gesandtenconferenz in Constantinopel überreicht werden wird. Die Denkschrift wird nur in Exemplaren als Manuscript gedruckt.

Die Ratificationen des Vertrages vom 26. Mai betreffend die Fortdauer des Zollvereins wurde am 26. in Berlin im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten ausgetauscht.

Der „Hamb. Nachr.“ schreibt man: Die Verhandlungen wegen einer Post-Convention zwischen Dänemark und Preußen, Lübeck, dem deutsch-österreichischen Post-Berein etc. und den Herzogthümern sind jetzt beendet und bereits am 22. d. hat, wie man glaubt, die Unterzeichnung der Verträge in Kopenhagen stattgefunden. Es soll gelungen sein, ein beiderseitig als günstig zu bezeichnendes Resultat zu Wege zu bringen, so daß die Correspondenz namentlich mit Preußen etc. bedeutend erleichtert wird. Ein einblättriger Brief, welcher jetzt 22 Sch. R.-M. kostet, wird künftig nur 12 Sch. kosten. (16 Schilling sind 3 gute Groschen; das Porto wird also etwa von 5 Sgr. auf 3 Sgr. herabgesetzt.)

Der Schwab. „Mercur“ berichtet, daß Hannover, Hessen, Darmstadt und Nassau ihre Bedenken gegen den deutsch-italienischen Handels-Vertrag fallen gelassen hätten. Dagegen halten Bayern, Württemberg und Sachsen an ihrem früheren Standpunkt fest. Die preussische Regierung hat in einem Circular, in welchem sie die einzelnen Tarifposten verglich, nachgewiesen, daß eine Concurrent der deutschen Industrie mit den anderen Nationen in Italien unmöglich sei, da allein 134 Artikel durch höhere Zolllage gegenüber den meistbegünstigten Nationen, Frankreich, Belgien, Desterreich, die Niederlande, Dänemark u. w. davon ausgeschlossen sind.

Aus Bern, 26. d., wird gemeldet: Der Bundesrath autorisirt seine Bevollmächtigten zur Unterzeichnung des Handelsvertrages mit Italien, vorbehaltlich der Berücksichtigung einiger nachträglicher Forderungen und proponirt schon mit 1. Juli die Gleichstellung mit den meistbegünstigten Nationen. Der Bundesrath meldet, daß der dänische Gesandte in Paris einem Handelsvertrage der Schweiz mit Dänemark alle Aufmerksamkeit widme und demnach weitere bezügliche Mittheilungen machen werde.

Krafsau, 28. Juni.

In der Sitzung der Krafsauer Handels- und Ge-

werbe-Kammer vom 9. d. wurden, wie wir aus dem am 27. desselben Monats uns zugekommenen Protocoll ersahen, die laufenden Erledigungen zur Kenntniß gekommen: Seit der letzten Sitzung kamen 326 neue Gegenstände hinzu, darunter 3 Annahmen von Firmaprotocolirungen, 2 Kundmachungen über Vergleichsverfahren, 8 Preis-Requisitionen von Seiten der Militärbehörden, 1 Licitations-Kundmachung, 3 Benachrichtigungen über Postcours, 11 ministerielle Einfendungen, 16 amtliche Erinnerungen u. und die Bestätigung der Rechnungsbilanz von 1864 seitens des h. Handelsministeriums. In Betreff weiterer in der Sitzung zur Erledigung gekommenen Gegenstände wird beschlossen: Die Kreisbehörde in Neu-Sandec zu verständigen, daß die Handelsbeisitzer nicht mehr erwählt, sondern den Ministerien der Justiz und des Handels vorgeschlagen werden; die Parteien zu benachrichtigen, daß die Zollkammer in Sieroslawice von der russischen Regierung nicht wiedererrichtet wird; den Antrag an die k. k. Statthalterei-Commission zu stellen, daß die Verfügung des Magistrats betreffend die Aufhebung der Innung der israelitischen Krämer auf dem Kazimierz und die Ueberweisung des Cassen-Barbestandes an das dortige Spital zurückgezogen werde; letzterer jedoch bis zur Bestätigung erneuerter Statuten in der städtischen Cassa verbleibe; die Kärntner Handelskammer zu benachrichtigen, daß man zu einer gewünschten Ausfertigung von Damascenerläufen hier keine entsprechende Localität habe, nach Möglichkeit jedoch das Interesse der Aussteller unterstützen werde, die hinwieder die in Galizien bestehenden Verschärfungen hinsichtlich Waffen-Bestandes und -Einführung zu beobachten haben werden; mit dem Magistrats-Präsidium durch Vermittlung des Secretärs und der Herren Baranowski und Baumgarten über ein geeigneteres Local für die hiesige Kammer übereinzukommen; die Wiener Handelskammer zu benachrichtigen, daß man die Bestrebungen der übrigen industriellen Institute betreffs eines neuen Handelsvertrages zwischen Oesterreich und Rußland hierorts unterstützen werde; endlich von nun an gleich in der Sitzung eine Protocoll-Sitzung anzunehmen; motiviert wurde der Beschluß durch die Gründe, die wir schon vor einigen Tagen der uns von der Handelskammer zugekommenen Zuschrift, das heißt dem anständig gehaltenen Geiste derselben, zu entnehmen die Ehre hatten.

Verhandlungen des Reichsrathes.

Der Bericht des Ausschusses, betreffend die Aufhebung der Portofreiheit, ist erschienen. Der Ausschuss beantragt, es sei der Grundsatz der Aufhebung der allgemeinen Portofreiheit aufzugeben, dagegen aber die Befreiung der folgenden Correspondenzen von der Portogebühr aufrecht zu erhalten: Die Correspondenz des Kaisers, der Mitglieder der kaiserlichen Familie, deren Obersthofmeisterämter und Secretariate, der landesfürstlichen Behörden, Aemter und der ihnen gleichstehenden Organe, der Staatsschulden-Controls-Commission, der Landesauschüsse, des Unterrichtsrathes, die bei Feldpostämtern (während Kriegszuständen) aufgegebenen und einlaufenden Privatbriefe des Militärs, die Correspondenz der dem deutschen Eisenbahnvereine angehörenden Bahnen und die Correspondenz der Nationalbank mit den k. k. Behörden. Als einzige Ausnahme hat der Ausschuss die auch in der Regierungsvorlage enthaltenen rechtmäßigen Portofreiheiten des General-Gründungsmeisters Fürsten v. Paar und der Postlehtträger von Bogen und Trient, Freiherren v. Paris und ihrer Familien als Lehenanwärter aufzunehmen, beantragt jedoch bezüglich dieser Ausnahme: die Regierung sei aufzufordern, die demalige Portofreiheit der Fürstlichen Familien v. Paar und Freiherren v. Paris' Familie einer genauen rechtlichen Prüfung zu unterziehen und dieselben auf den vertragsmäßigen Umfang einzuschränken. Offene Zeitungs-Reclamtionen beantragt der Ausschuss in den Portofas der Kreuzbandsendungen einzureihen. Außerdem beantragt der Ausschuss: Das hohe Haus möge beschließen, die Regierung sei aufzufordern, die Ermäßigung des Briefportofas in Ergänzung zu ziehen und eingehendenfalls dem Reichsrathe darüber eine Vorlage zur verfassungsmäßigen Behandlung zu unterbreiten. Das Gesetz hätte vom 1. Jänner 1866 in Wirksamkeit zu treten. Berichterstatter im Hause über den Entwurf ist der Abgeordnete Steffens.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 26. Juni. Se. k. k. Apostolische Majestät haben heute Vormittags Privataudienzen zu ertheilen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mittelst Allerhöchster Entschliessung vom 28. Mai d. J. der von dem k. k. Kreisgerichte Teschen mit Urtheil vom 8. März d. J. wegen Verbrechen des Mordes durch Tödtung ihres 2 1/2 Jahre alten Kindes zum Tode verurtheilten Johanna Stollas die verurtheilte Todesstrafe allergnädigst nachzusehen und dem Obersten Gerichtshof die Verhängung einer angemessenen Freiheitsstrafe zu überlassen geruht, welcher mit Urtheil vom 31. Mai d. J. im Milderungswege die Strafe des schweren Kerkers in der Dauer von fünf Jahren auszusprechen befunden hat.

Se. Majestät der Kaiser Ferdinand haben der Rettungsanstalt für die verwahrloste Jugend in Brünn eine Unterstützung von dreihundert Gulden huldreichst zuzuwenden geruht.

Der k. französische Botschafter Herzog v. Gramont wird noch in dieser Woche von Carlsbad hier eintreffen und den Aufenthalt über Sommer in Baden bei Weilburg nehmen. Der k. russische Gesandte Graf v. Stakelberg hat sich zum Sommeraufenthalte nach Böslau begeben.

Der k. k. Internuntius Herr Baron v. Prokesch-Osten wird demnächst von Graz hier eintreffen.

Der Herzog Wilhelm v. Württemberg wird heute mit dem Schnellzuge aus Stuttgart hier eintreffen.

Das „Neue Fremdenbl.“ theilt mit, daß Königin Amalie von Griechenland in den ersten Tagen des Monats Juli sich auf das Schloß Pöls in Steiermark zum Besuch ihrer Frau Schwester begeben werde.

Prinz Karl Napoleon Bonaparte ist vorgestern nach St. Petersburg (nach einer anderen Lesart nach Preßburg) abgereist.

Luca Bucalovich ist gestern Abends von hier nach Petersburg abgereist.

Der „Wanderer“ bringt heute einen in vielfacher Hinsicht beachtenswerthen Artikel, der namentlich die augenblickliche Situation mit einer Offenheit schildert, welche manchem Politiker, der jetzt in die Verurtheilung des „Systems“ gar so eifrig einstimmt, die Augen öffnen könnte. Der „Wanderer“ sagt: „Nirgends ist die Krone in ihrem Rechte, sich ihre verantwortlichen Räte zu wählen, beschränkt und die Volkvertretung kann höchstens wünschen, daß bei der Wahl ihre Begehren und Ansichten mit in Betracht gezogen werden. Bei uns würden jedoch sogar der Erfüllung dieses bescheidenen Wunsches, wenn gleich am entscheidenden Orte die Geneigtheit dazu vorhanden wäre, bedeutende Schwierigkeiten im Wege stehen, welche daher stammen, daß es in unserem Abgeordnetenhause eine Majorität mit einem gemeinsamen Programm zur Lösung der wichtigsten Fragen gar nicht gibt. Wenn die Krone heute geneigt wäre, dem Beispiele Englands zu folgen und ein neues Cabinet — neu nicht nur den Personen, sondern auch dem Systeme nach — aus Sr. Majestät allergetreuesten Opposition zusammenzustellen, wir wüßten wahrhaftig nicht, wie dies praktisch durchzuführen wäre. Denn mit der all gemeinen Phrase, daß gespart werden müsse, mit dem negativen Ausspruch, daß es so nicht bleiben könne, macht man am Ende noch kein neues System. Wenn heute die Koryphäen der Opposition Sr. Majestät zu berathen hätten, glaubt man wohl, daß Prof. Herbst, Herr v. Kaiserfeld, Dr. Schindler, Dr. Berger, Hofrath Lajsch und wie die Herren noch heißen mögen, ein gemeinsames Programm über die wichtigste und brennendste Frage, über die staatsrechtliche, mit welcher auch die finanzielle so innig zusammenhängt, vorzulegen im Stande wären? Haben die Herren wirklich dieselben Ideen über das Verhältniß, welches zwischen den beiden Reichshälften und dann wieder über jenes, welches zwischen den einzelnen Theilen einer jeden Hälfte bestehen soll? ... Das sind die Schwierigkeiten, welche es der Opposition im Reichsrathe unmöglich machen, aus Kluder zu gelangen, selbst wenn man sie dahin gelangen lassen wollte und wodurch auch ein Ministerwechsel, der zugleich ein Systemwechsel wäre, in diesem Augenblicke und in Folge der reichsräthlichen Opposition nicht weniger als wahrscheinlich ist. Wenn solch einen Wechsel irgend etwas herbeiführen kann, so wird es — etwas später — die ungarische Frage sein. ... Tritt ein Wechsel ein, so wird das Terrain — darüber machen wir uns durchaus keine Illusion — wenigstens für einige Zeit wieder von den Ultraconservativen occupirt werden. Es wird gut sein, sich bei Zeiten mit diesem Gedanken vertraut zu machen, so wie sich die Liberalen in Ungarn bereits damit vertraut gemacht zu haben scheinen. Ein „Systemwechsel“ wird es wahrscheinlich sein, aber schwerlich ein solcher, wie ihn die gegenwärtige Majorität des Abgeordnetenhauses im Auge hat. Ob uns davor bange ist? Nicht im mindesten, so wenig, als uns besorgt macht, wenn wir hören, daß eine Knabenstimme plötzlich rauh und freischend werde. Es ist kein sehr angenehmes, aber ein notwendiges Uebergangsstadium, das bald vorbeizieht und ein sicheres Anzeichen dafür ist, daß man nahe daran sei — Mann zu werden.“

Deutschland.

Herzog Ernst von Koburg wird nicht zum Bremer Bundeschießen erscheinen, er hat dem Generalcomité angezeigt, daß Gesundheitsrückichten ihn hinderten, am Feste zu erscheinen. (Se. Hoheit ist nach Biarritz abgereist.) Ueber 3000 Schützen haben sich bis 22. d. officiell angemeldet.

Die vereinigten Vorstände der Hanauer Sängervereine haben beschlossen, das projectirte Sängerfest nicht abzuhalten, nachdem Seitens der kurbesessenen Regierung in Folge „allerhöchsten Beschlusses“ das Aufhängen schwarz-roth-goldener Fahnen verboten ist.

Aus Berlin, 26. d., wird gemeldet: Gegen die „Staatsbürger-Ztg.“ wurden heute drei Preßprozeße verhandelt. Feldwiderrief sein früheres Geständniß, daß er der Verfasser eines der incriminirten Artikel sei, als unfreiwillig. Das Gericht legte darauf kein Gewicht und verurtheilte ihn zu drei Wochen Gefängniß.

Der durch die Kriegskosten um acht bis zehn Millionen erleichterte preussische Staatschatz soll durch den Verkauf von ärarischen Grundstücken gefüllt werden. Diese Finanz-Operation soll, wie die feudalen Verfassungs-Interpreten meinen, ohne Genehmigung des Landtages durchzuführen sein.

Der Kriegeminister v. Roon begibt sich in der nächsten Woche nach Erdmannsdorf, wo Se. Majestät der König ihm eine Sommerwohnung zur Disposition gestellt. (Frau v. Roon ist bereits nach Erdmannsdorf gereist.)

Frankreich.

Paris, 24. Juni. Die „Compagnie Imperiale“ hat ihren Kutschern eine letzte Frist gestellt. Diejenigen, welche sich bis morgen melden, sollen in Gnade wieder aufgenommen, die übrigen als definitiv entlassen betrachtet werden. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird diese Aufforderung genügend Gehör und somit der ganze Krawall ein Ende finden. Die Kutschern sind nachgerade müde geworden, theils durch die lange

Dauer der Arbeitsstellung, theils durch den Anblick der improvisirten Wagenlenker, endlich auch durch die Ueberzeugung, daß sie die Regierung nicht auf ihrer Seite haben. Es hätte derselben in der That nicht an Mitteln gefehlt, der Compagnie den Rest zu geben; aber sie verhehlte sich die Konsequenzen des Triumphes der Kutscher nicht. Behielten diese das letzte Wort, so feierten heute fast alle Professionen. — Prinz Napoleon ist fort, man sagt er habe Erlaubniß erhalten, eine Reise um die Welt zu machen. — Sehr pikant ist es, daß des Prinzen Schwester, die Prinzess Mathilde, eine sehr kluge Dame, zwar ihrem Bruder sehr energisch den Text gelesen haben soll über seine Rede in Ajaccio, dann aber doch auch einen Brief an den Marquis von Cavallette, Minister des Innern, geschrieben hat, in welchem sie ihr Bedauern ausdrückt, daß sie den Herrn Marquis nicht mehr bei sich empfangen könne, weil er sich gegen den Prinzen zu schroff gestellt. Man sieht, daß es in der kaiserlichen Familie an Zündstoff nicht fehlt.

Bezüglich der Unterredung zwischen dem Kaiser Napoleon und dem Prinzen Napoleon will ein Corresp. der „Indep.“ Folgendes erfahren haben: Der Kaiser hatte dem Prinzen in Erinnerung gebracht, er habe ihm stets für seine Neigung zu einer von der officiellen Richtung abweichenden Politik anmerkt, diesmal aber sei eine solche in Abwesenheit des Kaisers von einem Mitgliede der kaiserlichen Familie angenommene Haltung viel ärgerlicher denn je. Der Kaiser bedauerte auch, daß die Lage des Prinzen eine schwierige ist und schließlich wurde das Project einer Reise um die Welt auf Tapet gebracht. Die Zusammenkunft soll nicht ganz ohne Bitterkeit geendet haben. Der Prinz soll gesagt haben, er räume nun den Advocaten und den Orléanisten den Platz. Er hat jedoch, wie erwähnt, am nächsten Tage dem Kaiser einen Brief voller Ergebenheit geschrieben, um ihn im Namen der Dynastie zu bitten, daß er das Commando über die Armee von Paris nicht dem Marquis Mac Mahon geben möge, indem der Marschall, so ehrenhaft sein Charakter auch sonst ist, in einem gegebenen Momente vielleicht doch nicht das sein dürfte, was man von ihm zu erwarten berechtigt ist; er stehe notorisch mit dem Faubourg Saint Germain in Verbindung.

Der Senat hat die Zehner-Commission zur Prüfung des Beschlusses über Algerien ernannt. Die wesentlichsten Bedingungen desselben sind: Art. 1. Der eingeborene Muselman ist Franzose, nichts desto weniger wird er auch künftig nach muslimänischem Geßez regiert. Er kann in der Land- und Seearmee dienen. Er kann zu Civilämtern in Algerien ernannt werden. Er kann auf seinen Wunsch die Rechte eines französischen Bürgers erlangen; in diesem Fall wird er nach französischem Geßez regiert. Art. 2. Der eingeborene Israelit ist Franzose, er wird aber auch künftig nach seinem Geßez regiert. Er kann in der Land- und Seearmee dienen. Er kann zu Civilämtern ernannt werden. Er kann auf sein Verlangen die Rechte eines französischen Bürgers erlangen; in diesem Fall wird er nach französischem Geßez regiert. Art. 3. Der Fremde, der einen dreijährigen Aufenthalt in Algerien nachzuweisen im Stande ist, kann alle Rechte eines französischen Bürgers genießen. Art. 4. Die Eigenschaft eines französischen Bürgers kann erst nach vollendetem 21. Lebensjahre gemäß den Artikeln 1, 2 und 3 des gegenwärtigen Senats-Consults erlangt werden; sie wird durch kaiserliches Decret im Staatsrath ertbeilt. Art. 5. Ein Reglement öffentlicher Administration wird näher bestimmen: 1) Die Bedingungen der Zulassung von muslimänischen und israelitischen Eingeborenen zum Dienste und zum Avancement in der Land- und Seearmee; 2) die Civil-Aemter, zu welchen die einheimischen Muselmanen und Israeliten in Algerien ernannt werden können. Die Commission des gesetzgebenden Körpers, welche den Vertrag zwischen dem Kriegsminister und der algerischen Gesellschaft zu prüfen hat, schlägt tiefgreifende Abänderungen vor; so soll die Gesellschaft nicht bloß 100 Mill. für Arbeiten zum öffentlichen Nutzen der Regierung übergeben, sondern eine gleiche Summe auf eigene Rechnung zu nützlichen Unternehmungen in Algerien verwenden. Die Gesellschaft soll Labor und Freyheit wehrt sich dagegen nach Kräften und es ist nicht unmöglich, daß die Regierung sich nach andern Unternehmern umsieht.

Nach Berichten aus Paris, 26. d., wurden die Minister vom Kaiser aufgefodert, eiligt ihr Gutachten über den Gesegentwurf betreffend die öffentlichen Arbeiten in Algerien abzugeben. Der Kaiser hat die Königin Isabella aus Anlaß des Minister-Wechsels beglückwünscht. Prim, von O'Donnell brieflich berufen, kehrt ungekündet nach dem Lande zurück. Rio S. Rojas hat O'Donnell seine Unterstützung zugesagt. Königin Isabella hatte vor Bildung des Cabinets eine Berathung mit den Chefs der Progression und ihre Meinung eingeholt. Die Ernennung des Herzog Persigny zum Präsidenten der Ausstellungs-Commission stößt auf Schwierigkeiten, da anderswo Prinzen von Geblüt an der Spitze solcher Commissionen stehen. Das Londoner Cabinet wünscht, daß Frankreich den ersten Schritt mit dem Flotten-Besuch thue, so daß der Besuch der englischen Flotte in Cherbourg nur den Stempel der Artigkeit tragen würde. In den großen italienischen Städten werden antifranzösische Volksversammlungen abgehalten. Wie verlautet, wird der päpstl. Nuntius Mgr. Chigi abberufen werden und in das Collegium sacrum eintreten. Der spanische Botschafter Mon soll durch den Marschall Serrano ersetzt werden.

Großbritannien.

Das Testament des Cardinals Wiseman, welches vom 30. October 1861 datirt ist, und als Zeugen-Unterschriften die Namen des Rechtsanwalts S. B. Harting und des Dieners S. G. Whiffell trägt, ist von

den Testamentsvollstreckern, W. Thompson, F. Searle und Herrn G. R. Baggshawe, dem zuständigen Gerichte vorgelegt und von diesem in Ordnung befunden worden. Die bewegliche Habe war unter 2000 Pfund Sterling angesetzt. In dem Testamente vermacht der Cardinal den genannten Vollstreckern sein ganzes Besitzthum; ein Cobdell vom 14. Mai 1862 überträgt jedoch auf den genannten W. Thompson und auf Dr. G. E. Manning (den jetzigen Erzbischof) das literarische Eigenthumsrecht an allen von dem Cardinal herausgegebenen Werken und ebenso die nicht publicirten Manuscripte und Correspondenzen zu freier Verfügung.

Dänemark.

Dänemark hat von nun an eine Insel weniger; die bisherige Insel Holmsland ist nämlich durch Ausbäumung und Austrocknung von Schlickland oder Grund dem Festlande verbunden und dadurch ein bedeutendes Areal dem Meere abgerungen. Es heißt, daß der Minister Tillisch nächstens dorthin reisen wird, um diese großartige Arbeit in Augenschein zu nehmen. Auch im nördlichen Jütland finden bedeutende Austrocknungsarbeiten von Sümpfen und Landseen statt, welche einen großen Gewinn des fruchtbarsten Bodens abwerfen.

Italien.

Die italienische Regierung fahndet nach dem spanischen General Ertizany, der sich in Italien eingefunden haben soll, wahrscheinlich um das Brigantennwesen neuerdings zu organisiren und sich neue, traurige Lorbeeren zu verschaffen. Auch nach den Emisären des Suarez wird mit Energie geforscht.

Wir haben bereits von den Ruhestörungen in Neapel gemeldet. Es liegt uns Ausführlicheres aus Neapel, 19. Juni, vor: Die religiöse Aufregung, welche seit dem Beginne der Verhandlungen mit dem römischen Hofe täglich im Steigen begriffen ist, hat bei der Fronleichnamsp procession wieder zu Straßen sceneen Veranlassung gegeben. Die Polizeibehörde hatte die Erlaubniß zur Abhaltung derselben ertbeilt. Die Bourbonisten, die nunmehr ihre verlorene Sache auf religiöse Gebiet hinübergespielt haben, wollten die günstige Gelegenheit nicht verlieren, eine monströse Demonstration zu veranstalten. Sie hatten sich das Wort gegeben, zahlreich und in aller Etiquette zu erscheinen. Die Studenten ihrerseits, die nicht feilschlicher wünschten, als den in Folge seiner Wunden erlegenen Cameraden zu rächen, stellten sich beobachtend in den Straßen auf, durch welche die Procession ihren Umzug halten sollte. Nationalgarden und Polizeimannschaft begleiteten den Zug, um die Ordnung aufrecht zu erhalten. Jedoch ihre Anwesenheit verhinderte die Studenten nicht, die verschiedenartigen Provocationen der Demonstranten mit Stolz und Faust zu erwidern und das ganze ansehnliche Gefolge nach allen Richtungen auseinander zu treiben. Die niedere Volksmasse, auf deren Unterstützung die Bourbonisten und Klerikalen besonders gerechnet hatten, enthielten sich jeder Theilnahme und ließen die Studenten und der liberalen Tugend freies Feld. Die ganze Geschichte verlief mit Rauferei. Die Behörden soll sich nun schließlich entschlossen haben, das Verbot jedes religiösen Aufzuges streng aufrecht zu erhalten. Gegen die am nächsten Donnerstag abzuhaltende Procession der sog. vier Aläre ist bereits ein Veto erlegt worden.

Der in Neapel am 20. d. aus Alexandrien angekommene Postdampfer hat beruhigende Nachrichten über die Sanitätsverhältnisse der aegyptischen Hafenstadt gebracht. Das „G. di Sicilia“ meldet, daß die Zahl der Gestorbenen in Alexandrien bis zum 15. d. M. 43 nicht überstieg und die Krankheit sich außerhalb Alexandriens nicht verbreitet hatte. Die Nachrichten aus Malta seien jetzt vollkommen befriedigend. Der von Alexandrien kommende Dampfer, welcher am 13. Messina berührte, hatte einen Todten und einen Kranken an Bord. Letzter wurde in das Lazareth gebracht und befindet sich auf dem Wege der Besserung. Die gegenwärtige Lage der Dinge bietet nichts dar, was das Publicum beunruhigen könnte.

Rußland.

Ein Petersburger Telegramm des „R. Frdb.“ vom 25. d. meldet: Herzog Eugen von Leuchte nberg, der wegen seiner bekannten Liebesaffäre verhaftet wurde, ist nunmehr degradirt, aller Würden enthoben und ihm der St. Andreas-Orden abgenommen worden. Der Prinz beabsichtigt nach Frankreich auszuwandern und dort in Militärdienste zu treten. Neu ist wohl nur der letzte Theil der Nachricht.

Der „Dft. 3.“ schreibt man: Der durch seine publicistische Thätigkeit bekannte Rektor v. Koszutski hat sein Gut Zankowo im preussischen Kreise Gnesen verkauft und wird nach Warschau übersiedeln, um an der dortigen Universität eine Lehrstelle als Professor der Nationalökonomie zu übernehmen.

Der „Gaz.“ theilt einen Privatbrief aus Tobolsk mit, in welchem der Schreiber desselben, ein junger auf zehn Jahre nach Sibirien verurtheilter Gutsbesitzer aus Lithauen u. a. sagt: „Das Leben ist hier sehr erträglich, die Gesellschaft ziemlich gut und zahlreich (über 300 Ueberdieselte); die Behörde gerecht und läßt uns keine Unannehmlichkeiten anthon; wäre nicht die Sehnsucht nach den Unsrigen, die Unruhe um sie, die ungewisse Zukunft, wer weiß ob und hier nicht besser als jetzt dem im Lande Gebliebenen. Wir hatten alle einen sehr irrigen Begriff von Sibirien, indem wir es uns als das Land ewiger Nacht und Eises vorstellten; höchlich verwunderte ich mich als ich ein reiches Land vorfand, ein wenn auch kaltes aber ziemlich gesundes Klima und herrichte hier eine größere Civilisation, so würde es sich wenig von anderen europäischen Ländern unterscheiden.“

Der „Russ. Inv.“ bringt folgendes Telegramm aus Drenburg, 7. Juni: Der Chan Alimkul hatte ein zahlreiches Corps und griff am 3. Mai die Abtheilung des Generals Czerniajew bei Tashkent an. Unre Truppen schlugen diesen Angriff zurück, wobei Alimkul am Kampfplatz blieb. Unre Verluste bestanden aus 10 Verwundeten und 12 Contingenten.

N. 6279. Rundmachung. (597. 3)

Zur Verpachtung der Dobezyce'städtschen Propination für die Zeitdauer vom 1. November 1865 bis Ende Dezember 1868 wird am 10. Juli l. S. um 9 Uhr Vormittags in der Dobezyce'städtschen Kämmerer-Kanzlei eine öffentliche Versteigerung vorgenommen werden.

Der Fiskalpreis beträgt 3017 fl. jährlich und das vor der Versteigerung zu erlegendes Badium 10% vom Fiskalpreise. Ferner wird dort am 11. Juli l. S. eine öffentliche Versteigerung zu folgenden Zwecken stattfinden:

- zur Verpachtung der Dobezyce'städtschen Steinbrüche für die Zeit vom 1. November 1865 bis Ende Dezember 1868; Fiskalpreis 205 fl. 52 fr. jährlich;
 - zur Verpachtung der städtischen Wiese „Podbrzezowa“ für die 6jährige Periode vom 1. November 1865 bis Ende October 1871; der Fiskalpreis 75 fl. 5. W. jährlich;
 - zur Verpachtung der städtischen Jagdbarkeit für die Zeit vom 1. November 1865 bis Ende December 1868; Fiskalpreis 15 fl. jährlich; endlich
 - der wilden Fischerei im Raba-Flusse für die Zeit vom 1. November 1865 bis Ende December 1868; Fiskalpreis 8 fl. 20 fr. 5. W. jährlich.
- Das Badium beträgt 10% vom Fiskalpreise. Vor und während der Versteigerungsverhandlung können auch schriftliche Offerten überreicht werden.
- Die näheren Versteigerungsbedingungen können in der Dobezyce'städtschen Kämmerer-Kanzlei eingesehen werden.
- R. k. Kreisbehörde.
- Krakau, 19. Juni 1865.

N. 17082. Ankündigung. (607. 1-3)

Laut Erlasses vom 31. Mai 1865 Z. 7011 hat das hohe k. k. Handelsministerium das dem Josef Sigismund Ujhely auf die Erfindung eines Zahnpulvers sammt Mundwasser, genannt „Melanion“ unterm 12. Mai 1862 ertheilte ausschließende Privilegium auf die Dauer des vierten Jahres verlängert.

Was hiermit zur allgemeinen Kenntniz gebracht wird. Von der k. k. Statthalterei-Commission.

Krakau, 23. Juni 1865.

Nr. 6339. Edict. (602. 1-3)

Der nach Wola duchaacka, Podgórze's Bezirke zugehörige, gegenwärtig in Strzegowa, russisch Polen verweilende Jakob Huppert wird aufgefordert, binnen drei Monaten a dato in seine Heimath zurückzukehren und die unbefugte Abwesenheit zu rechtfertigen, widrigenfalls derselbe als Auswanderer angesehen und nach der Strenge des Auswanderungs-Patentes vom 24. März 1832 behandelt werden wird.

Von der k. k. Kreisbehörde.

Krakau, den 23. Juni 1865.

3. 454. Edict. (608. 1-3)

Vom k. k. Krakauer Landesgerichts-Präsidium wird bekannt gemacht, daß zur Sicherstellung des für das k. k. Landesgericht, für das k. k. Landesgericht in Civil- und Strafsachen, für die k. k. Staatsanwaltschaft und für die k. k. städtische-deleg. Bezirksgerichte für die Zeit vom 1. November 1865 bis Ende December 1866 erforderlichen Befehlsmaterials von 143²⁴/₁₀ niederöstr. Maßtern 36zölligen Kiefernheiterholzes eine Versteigerung am 20. Juli 1865 um 9 Uhr Vormittags in dem Locale des k. k. Landesgerichtes in Civilsachen abgehalten werden wird.

Unternehmungslustige, versehen mit einem Badium von 129 fl. 8. W. werden mit dem Befügen eingeladen, daß die Bedingungen in der landesgerichtlichen Registratur während der Amtsstunden eingesehen werden können, und daß gemäß den Versteigerungsbedingungen auch schriftliche Offerte angenommen werden.

Vom Präsidium des k. k. Landes-Gerichtes.

Krakau, 20. Juni 1865.

Rundmachung. (609. 1-3)

Die für das erste Semester 1865 mit Fünf und Zwanzig Gulden 60 kr. 5. W. für jede Bank-actie bestimmte Dividende kann vom 1. Juli l. S. anfangen, bei der Actien-Casse der Nationalbank begehrt werden.

Wien, am 19. Juni 1865.

Pipitz m. p. Bank-Gouverneur
Schey m. p. Bank-Director.

Obwieszzenie

Dywidenda, na każdą akcyę bankową za pierwsze półrocze r. 1865 w kwocie dwudziestu pięciu złr. 60 kr. w. a. przeznaczona, może być pobierana począwszy od 1 m. lipca b. r. w kasie akcyę banku narodowego.

Wiedeń, dnia 19 czerwca 1865.

Pipitz m. p. Przelozony banku.
Schey m. p. Dyrektor banku.

N. 78. Concurs-Ausschreibung. (605. 1-3)

Für den Dienstbereich der galizischen Postdirection ist eine Postofficialsstelle mit dem Gehalte jährlicher 600 fl. eventuell eine Postamtsaccessistenstelle mit dem Gehalte jährlicher 400 fl. und zwar jeder dieser Dienstposten gegen Ertrag der Caution im Gehaltsbetrage zu besetzen.

Die Bewerber um diese Stelle haben ihre gehörig documentirten Gesuche im vorgeschriebenen Wege binnen drei Wochen bei der k. k. Postdirection in Lemberg einzubringen.

Von der k. k. galiz. Postdirection.

Lemberg, am 24. Juni 1865.

N. 27617. Rundmachung. (604. 2-3)

Der verstorbene Gutsbesitzer Vincenz Ritter Lodzia Poninski hat ein Capital von 30.000 fl. C.M., welches in öffentlichen Creditseffecten fruchtbringend angelegt wurde, zu dem edlen und gemeinnützigen Zwecke gewidmet, daß die jährlich entfallenden Interessen zu Prämien für tüchtige Handwerksgehilfen zur Unterstützung derselben bei Eröffnung des Gewerbes verwendet werden sollen.

Nach der ausdrücklichen Willensmeinung des Stifters werden die Jahresinteressen des Stiftungscapitals in vier ungleiche Prämien vertheilt und solche jenen Handwerksgehilfen bar eingehändigt, welche die betreffende Prämie bei der Ziehung durch Los ziehen werden.

Bei der diesjährigen am 19. Juli stattfindenden Prämienziehung, wozu der Concurs hiemit ausgeschrieben wird, kommen folgende Beträge als:

- Prämie mit 584 fl. 4 fr.
- Prämie mit 486 fl. 70 fr.
- Prämie mit 389 fl. 36 fr.
- Prämie mit 292 fl. 15 fr.

Zusammen mit 1752 fl. 25 fr. 5. W.

zur Vertheilung.

Zur Ziehung der Lose werden nur diejenigen Handwerksgehilfen zugelassen, welche:

- im Königreich Galizien und Lodomerien, mit Einschluß des Großherzogthums Krafau gebürtig und daselbst zuständig sind;
- sich zur katholischen Kirche, sei es des römischen, griechischen oder armenischen Ritus bekennen;
- den bestehenden Vorschriften gemäß irgend ein Handwerk ordentlich erlernt haben, und die Fähigkeit und die geistliche Eignung zum selbstständigen Betriebe desselben besitzen, aber armuthshalber die zum selbstständigen Betriebe ihres Handwerkes nöthige Werkstätte nicht einzurichten vermögen;
- sich über ihr moralisches Wohlverhalten durch ein vom zuständigen Pfarramte ausgestelltes und in den Städten Lemberg und Krafau von der k. k. Polizei-Direction, an anderen Orten von dem betreffenden k. k. Bezirksamte bekräftigtes Moralitäts-Zeugnis ausweisen können.

Dieserjenigen Handwerksgehilfen, welche sich an der Ziehung betheiligen wollen, haben ihre darauf bezüglichen Gesuche längstens bis 11. Juli d. S. bei der Lemberger k. k. Statthalterei einzubringen und die vorangeführten Erfordernisse nachzuweisen.

Ueber die Zulassung zur Betheilung an der Ziehung wird die von der k. k. Statthalterei delegirte Commission entscheiden, welcher auch die Vornahme und Ueberwachung der Ziehung zusteht.

Dieserjenigen, welche bereits in einer Prämie aus dieser Stiftung theilhaft worden sind, haben kein Recht sich an einer nachfolgenden Ziehung zu betheiligen.

Jeder Bewerber hat sich am 18. Juli d. S. in dem Versammlungs-Local des Lemberger Gesellen-Vereins persönlich der Commission vorzustellen, welche die Identität des Bittstellers constatiren wird.

Am Sonntagstage d. i. am 19. Juli d. S. findet in der Lemberger Domkirche rit. lat. eine Seelenandacht für den Stifter statt, welcher alle Bewerber beizuwohnen verpflichtet sind.

Nach der Trauerandacht wird in dem gedachten Versammlungs-Local des Lemberger Gesellen-Vereins im Beisein der delegirten Commission zur Lösung geschritten werden.

Die Prämien werden unmittelbar nach der stattgefundenen Ziehung dem Gewinners baar ausgezahlt werden.

Die Gewinners sind verpflichtet, dem Willen des Stifters gemäß für sein Seelenheil zu beten, und an seinem Todestage, d. i. am 24. März jeden Jahres einer Seelenandacht für ihn beizuwohnen.

Von der k. k. galiz. Statthalterei.

Lemberg, 10. Juni 1865.

Obwieszzenie.

Zmarły właściciel dóbr Wincenty Lodzia Poninski przeznaczył kapitał w sumie 30.000 złr. m. k., który w papierach kredytowych został ulokowany, na ten równie szlachetny jak potrzebny cel, ażeby przypadające roczne procenta na pre-

mie dla ubogich czeladników rzemieślniczych, na wsparcie takowych przy otworzeniu rzemiosła użyte były.

Według wyraźnej woli s. p. fundatora, będąc roczne procenta kapitału fundacyjnego podzielone na cztery nierówne premie, i takowe tym czeladnikom rzemieślniczym w gotówce doręzone, którzy dotyczącą premię przy ciągnięciu losem wyciągną.

Przy tym razowym na dniu 19 lipca r. b. przedsięwzięcie się mającemu ciągnięciu, na które niniejszym konkurs się rozpisuje, wypadają następujące kwoty do podziału, a to:

- premia . 584 złr. 4 kr.
 - premia . 486 złr. 70 kr.
 - premia . 389 złr. 36 kr.
 - premia . 292 złr. 15 kr.
- razem . 1752 złr. 25 kr.

Do ciągnięcia losów będą tylko ci czeladnicy przypuszczeni, którzy:

- w królestwie Galicyi i Lodomerii włącznie z wielkiem księstwem Krakowskiem są urodzeni i tamże przynależni;
- wyznają religię katolicką rzymskiego, greckiego lub ormiańskiego obrządku;
- nauczyli się stosownie do istniejących przepisów rękodzielniczych jakiego rzemiosła, i posiadają uzdolnienie i prawną kwalifikacyę do samodzielnego prowadzenia takowego, ale dla ubóstwa nie są w stanie urządzić warsztatu potrzebnego do samodzielnego prowadzenia rzemiosła;
- mają wykazać się względem swego moralnego zachowania się, przez wystawione od przy należnego urzędu parafialnego, a w miastach Lwowie i Krakowie przez c. k. Dyrekcyę policyi, w innych zaś miejscach przez dotyczący c. k. Urząd powiatowy potwierdzone świadectwo moralności.

Ci czeladnicy od rzemieślników, którzy chcą brać udział w losowaniu, mają podać swe prośby najdalej do 11 lipca r. b. do c. k. Namiestnictwa i wykazać się z wyżej wymienionych warunków.

O przypuszczeniu do udziału w losowaniu rozstrzygać będzie delegowana przez c. k. Namiestnictwo komisya, do której należy także przedsięwzięcie i dozorowanie losowania.

Ci, którzy już raz brali udział w losowaniu i premię wyciągnęli, na przyszłość są od ciągnięcia wykluczeni.

Każdy kandydat ma się dnia 18 lipca w lokalu zgromadzenia Lwowskiego stowarzyszenia czeladzi komisji osobistie przedstawić, która zkonstatuje identyczność proszącego.

W dzień losowania, t. j. 19 lipca bieżącego roku będzie w Lwowskim kościele katedralnym obrządku łacińskiego odprawione nabożeństwo żałobne za duszę fundatora, na którym wszyscy obecni być winni.

Po nabożeństwie żałobnem przystąpi się w wspomnianem lokalu zgromadzenia Lwowskiego stowarzyszenia czeladzi w obecności delegowanej komisji do losowania.

Premie będą bezpośrednio po odbytem ciągnięciu wygrywającym gotówką wypłacone.

Wygrywający są obowiązani stosownie do woli s. p. fundatora modlić się za jego duszę, a w rocznicę śmierci jego, t. j. dnia 24 marca każdego roku być na nabożeństwie żałobnem za jego duszę.

Z c. k. galic. Namiestnictwa.

Lwów, dnia 10 czerwca 1865.

N. 9631. Rundmachung. (596. 3)

Am k. k. Gymnasium zu Graz ist eine Lehrerstelle extra statum, mit welcher ein Jahresgehalt von 945 fl. mit dem Vorrückungsrechte auf die höhere Gehaltsstufe 1050 fl. und dem zeitweiligen Ansprüche auf Decennalzulagen und Participation am Schulgeldbettel nach Maßgabe der hierüber gültigen Verordnungen verbunden ist, in Erledigung gekommen.

Zur Befetzung derselben wird eine Bewerbungsfrist bis 20. Juli d. S. ausgeschrieben und als Bedingung zur Erlangung des Postens die geistliche Lehrbefähigung für die deutsche, lateinische und griechische Sprache nach den Bestimmungen der Vorschrift über die Prüfung der Candidaten des Gymnasiallehreramtes § 5, 1, lit. e. gefordert.

Bewerber um diese Stelle haben unter Nachweisung der sie hierzu befähigenden Eignung und unter Anführung der übrigen, im Erg. Entw. für Gymnasien § 101, 3 näher angegebenen Belege ihre Gesuche innerhalb des Competenztermines bei der k. k. Statthalterei für Steiermark, oder wenn sie bereits öffentlich bedienstet sind, im Wege ihrer vorgesetzten Behörde einzubringen.

Von der k. k. Statthalterei für Steiermark.

Graz, 7. Juni 1865.

N. 816. Wezwanie. (586. 3)

C. k. Sąd powiatowy Mogiński podaje niniejszem do wiadomości, iż Kazimierz Gędzior, właścianin z Czyżyn, zmarł w Sandomierzu w Królestwie Polskiem na dniu 20 listopada 1840 r. — Z miejsca pobytu niewiadomych domniemanych spadkobierców jego, Karola Gędziora i Juliana Gędziora wzywa się niniejszem, aby w przeciągu roku jednego od dnia dzisiejszego poczynawszy, w tutejszym Sądzie zgłosili się i spadek ten przysięgli, gdyż w razie przeciwnym postępowanie spadkowe z ustanowionym jednocześnie dla tychże nieobecnych kuratorem p. adwokatem Dr. Samelsonem przeprowadzonym będzie.

Kraków, 11 kwietnia 1865.

Wiener Börse-Bericht

vom 26. Juni.

Öffentliche Schuld.

A. Des Staates.

In Oest. W. zu 5% für 100 fl. 64.40 64.60

aus dem National-Anleihen zu 5% für 100 fl. 74.30 74.40

mit Zinsen vom Jänner — Juli 74.30 74.40

Metalliques zu 5% für 100 fl. 69.20 69.40

ditto „ 4 1/2% für 100 fl. 60.75 61.10

mit Verlosung v. J. 1839 für 100 fl. 144.50 145.10

„ 1854 für 100 fl. 85.75 86.10

„ 1860 für 100 fl. 94.20 94.40

Prämien-Scheine vom Jahre 1864 zu 100 fl. 81.60 81.60

„ 1865 zu 50 fl. 81.60 81.60

„ 1866 zu 25 fl. 18.10 18.20

B. Der Kronländer.

Grundentlastungs-Obligationen

von Nieder-Oester. zu 5% für 100 fl. 88.10 89.10

von Mähren zu 5% für 100 fl. 84.10 85.10

von Schlesien zu 5% für 100 fl. 88.10 89.10

von Steiermark zu 5% für 100 fl. 88.10 89.10

von Tirol zu 5% für 100 fl. 88.10 89.10

von Kärnten, Krain u. Küst. zu 5% für 100 fl. 88.50 92.10

von Ungarn zu 5% für 100 fl. 73.90 74.40

von Zemeier-Banat zu 5% für 100 fl. 72.10 72.50

von Croatien und Slavonien zu 5% für 100 fl. 73.50 74.50

von Galizien zu 5% für 100 fl. 72.50 73.10

von Siebenbürgen zu 5% für 100 fl. 70.10 70.50

von Bukowina zu 5% für 100 fl. 70.10 70.50

C. Actien (pr. et.)

der Nationalbank 797.10 799.10

der Credit-Anstalt zu 200 fl. öst. W. 178.10 178.30

der Wiener österr. Compt.-Gesells. zu 500 fl. ö. W. 589.10 591.10

der Kaiser. Ferd. Nordbahn zu 1000 fl. C.M. 1685.10 1687.10

der Staats-Eisenbahn-Gesellschaft zu 200 fl. C.M. 179.10 179.30

der vereinigten österr. lomb.-ven. und Centr.-ital. Eisenbahn zu 200 fl. öst. W. oder 500 fl. C.M. 212.10 214.10

der Kaiser. Elisabeth-Bahn zu 200 fl. C.M. 132.50 133.10

der galiz. Carl Ludwig-Bahn zu 200 fl. C.M. 195.50 195.75

der Lemberger-Gesamtwirer Eisenb.-Ges. zu 200 fl. C.M. 60.10 61.10

der priv. böhmischen Westbahn zu 200 fl. ö. W. 163.50 164.10

der Südböhm. Verbund-B. zu 200 fl. C.M. 120.10 120.50

der Theiss-B. zu 200 fl. C.M. mit 140 fl. (70%) Cuz. 147.10 147.10

der österr. Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft zu 500 fl. C.M. 474.10 475.10

des österr. Lloyd in Triest zu 500 fl. C.M. 229.10 231.10

der Wiener Dampfmühl-Actien-Gesellschaft zu 500 fl. öst. W. 385.10 395.10

der Oest. Reichs-Rentenbank zu 500 fl. C.M. 363.10 366.10

der Nationalbank 10jährig zu 5% für 100 fl. 102.50 103.10

auf C. M. (verlosbar zu 5% für 100 fl. 92.80 93.20

auf österr. W. verlosbar zu 5% für 100 fl. 88.50 88.70

galiz. Credit-Anstalt öst. W. zu 4% für 100 fl. 69.10 70.10

der Credit-Anstalt zu 100 fl. öst. W. 124.90 125.10

Donau-Dampfschiff-Gesellschaft zu 100 fl. C.M. 84.10 84.10

Erster Stadt-Anleihe zu 100 fl. C.M. 107.10 107.75

zu 50 fl. C.M. 48.75 49.25

Stadtgemeinde Oden zu 40 fl. öst. W. 23.75 24.25

Gefährd. zu 40 fl. C.M. 85.10 90.10

Salin zu 40 fl. 29.75 30.25

Palffy zu 40 fl. 26.25 26.75

Clary zu 40 fl. 26.25 26.75

St. Genois zu 40 fl. 17.10 17.50

Windischgrätz zu 20 fl. 18.50 19.10

Waldstein zu 20 fl. 12.50 13.10

Regelwitz zu 10 fl. 12.30 12.50

R. f. Hofspitalfond zu 10 fl. österr. Währ. 12.30 12.50

Wechsel. 3 Monate.

Bank. (Platz) Sconto

Angsburg, für 100 fl. süddeutscher Währ. 4% 90.80 91.10

Frankfurt a. M., für 100 fl. süddeut. Währ. 3 1/2% 90.90 91.40

Hamburg, für 100 M. B. 2 1/2% 80.50 80.70

London, für 10 Pf. Sterl. 3% 108.50 108.90

Paris, für 100 Francs 3% 43.15 43.20

Cours der Geldsorten.

Durchschnitts-Cours

Reiter-Cours

Reiterische Münz-Dukaten 5.17 5.18

vollm. Dukaten 5.17 5.18

Krone 8.68 8.70

20 Francstücke 8.90 8.92

rusische Imperiale 107.10 107.50

Silber 107.10 107.50

Druck und Verlag des Carl Budweiser.